Nr. 19. 4. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags
Der Abonnementspreis beträgt: durch die Post bezogen (Nummer des Postkatalogs 25.5) ohne Bringegeld vierteljährlich ℳ 4,20; durch die Kolportöre wöchentlich 36 ₰ frei in's Haus
Verantwortlicher Redakteur: Otto Stolten in Hamburg.

Donnerstag, den 23. Januar 1890.

Anzeigen
werden die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 25 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition, sowie sämmtlichen Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Von der Weltbühne.

Im Reichstage ist eine **Nachtragsforderung zum Etat** für das Auswärtige Amt eingegangen in Höhe von ℳ 187 000. Es soll noch in diesem Jahre mit der Niederlegung des nördlichen Seitenflügels des Grundstücks Wilhelmstraße Nr. 76 in Berlin begonnen und an Stelle desselben baldmöglichst ein Neubau errichtet werden, da sich herausgestellt hat, daß die Räume des Zentralbüreaus und der politischen Abtheilung des Auswärtigen Amts ganz unzureichend und der Zustand daselbst die persönliche Sicherheit und Gesundheit der Beamten gefährdet

Die „Köln. Ztg.“ schreibt: „In Reichstagskreisen nimmt man an, daß **Fürst Bismarck** schon am Donnerstag oder Freitag bei der zweiten Lesung des Sozialistengesetzes das Wort ergreifen und dabei auch die bevorstehenden Wahlen berücksichtigen und auf sie einzuwirken versuchen wird.“

Die „Voss. Ztg.“ schreibt: „Kommt das **Sozialistengesetz** in den nächsten Tagen zur Verabschiedung, so sind zwei Fälle denkbar. Entweder die Nationalliberalen unterwerfen sich dem Willen des Reichskanzlers und nehmen die Ausweisungen in das dauernde Ausnahmegesetz auf, oder der Reichskanzler bequemt sich zu einem Kompromiß, durch welches die Ausweisungsbefugniß zeitlich begrenzt und der Erneuerung unterworfen wird, während alle übrigen Bestimmungen des Gesetzes dauernde Gültigkeit erhalten. Ein Theil der nationalliberalen Presse, dem es bei dem Gedanken an die Charakterfestigkeit der Partei himmelangst zu Muthe wurde, hat in diesen Tagen laut und immer lauter zur Besonnenheit, d. h. zum Sprunge über den Stock gemahnt, wenn derselbe nur um einige Zoll niedriger gehalten werde. Möglich, daß der Reichskanzler sich dadurch hat erweichen lassen, zumal auch eine Verständigung zwischen Nationalliberalen und Konservativen angebahnt sein soll. Die Ruhmredigkeit einiger nationalliberalen Organe von dem „unbedingten“ Beharren der Partei auf ihrem einmal kundgegebenen Standpunkte würde damit auf's Neue dem verdienten Spotte überliefert sein. Denn der Widerspruch gegen die Ausweisungsbefugniß war auch auf nationalliberaler Seite aus sachlichen, nicht nur aus formalen Gründen erhoben. Allerdings erklärten die Mitglieder dieser Partei in der Kommission, daß sie einer Befugniß so zweischneidiger Art in einem „dauernden“ Gesetz nicht zustimmen könnten; aus ihren Gründen aber ergab sich daß sie die Ausweisungen von Sozialdemokraten, ob sie auf dauernder oder zeitweiliger Befugniß beruhen, unter allen Umständen für schädlich halten, weil sie den Umsturzbestrebungen nicht nur Märtyrer, sondern auch neue Anführer schaffen und die Sympathieen der Massen für sie erhöhen. Mit einer Fristbestimmung für dies Ausweisungsrecht in dem neuen Gesetz wäre zur Beseitigung solcher Gefahren nicht das Mindeste erreicht. Der bisherige Zustand, in welchem mißliebige Sozialdemokraten von Ort zu Ort getrieben oder mit der Androhung ihrer Ausweisung eingeschüchtert werden können, bliebe unverändert fortbestehen, nur daß die Regierung in gewissen, natürlich nicht zu kurz bemessenen Fristen diese Vollmacht erneuern lassen müßte.“

Leipzig, 21. Januar. Bei der heutigen Landtags-Ersatzwahl in Crimmitschau-Werdau siegte der sozialdemokratische Kandidat über das Kartell mit 2155 gegen 1992 Stimmen.

Gegen den Vorstoß der Sozialdemokratie versucht die „Nordd. Allgem. Ztg.“ abermals „alle nichtsozialdemokratischen Elemente“, also auch die Freisinnigen, zusammen zu pfeifen In Sachsen sei das schon gelungen, dort habe sich der Bund der Kartellparteien zu einem Bund der „Ordnungsparteien“ erweitert. „Gegen die Sozialdemokratie und gegen ihre Begünstiger! hätte also jene Parole zu lauten, mittels deren dem internationalen Vorstoße der Sozialrevolutionäre bei uns zu begegnen wäre,“ ruft die reaktionäre Obereule aus. Wenn es doch nur dazu kommen wollte! Die sozialdemokratische Partei wünscht jedenfalls nichts sehnlicher; sie hätte es dann nur mit einem Haufen zu thun.

Zur Verschmelzung der süddeutschen „Demokraten“ mit den Freisinnigen. Die „Freis. Ztg.“ theilt mit, daß der Abgeordnete Richter am Sonntag, den 2. Februar, in Mannheim einen politischen Vortrag über die Reichstagswahlen halten werde. Dort steht nämlich ein Demokrat einem Kartellbruder gegenüber, und wird also Herr Richter dem Demokraten gegen diesen bespringen. Heil dieser Fusion!

Solingen, 21. Januar. Kartell und Zentrum haben sich geeinigt und für den hiesigen Wahlkreis einen gemeinsamen Kandidaten aufgestellt.

Zwickau, 21. Januar. Offiziös wird berichtet: „In einer heute hier abgehaltenen Versammlung der Vertreter der Belegschaften aller Schächte des Zwickauer Kohlenreviers zur Regelung der Lohn- und Arbeiterfrage wurde beschlossen, an den in der allgemeinen Bergarbeiterversammlung aufgestellten Forderungen der achtstündigen Schichtzeit, ℳ 3,50 Schichtlohn, Wahl der Kassenärzte durch die Arbeiter, Aufhebung der Kündigungsfrist 2c. festzuhalten und je nach Ermessen auch die Vertreter der Zechen zur Regelung der Lohnfrage heranzuziehen. Zur weiteren Förderung der Angelegenheit wurde eine Kommission von 12 Mitgliedern gewählt, bestehend aus je einem Vertreter der 12 Gewerke An der Versammlung nahm der Vorstand des Verbandes sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter Theil, dessen Vorsitzender die Leitung übernommen hatte. Derselbe erklärte am Schlusse, daß der Verband bei der nunmehrigen Sachlage seine Aufgabe für erfüllt erachte und von weiterer Theilnahme zurücktrete.“

Die Grubenverwaltungen des Waldenburger Reviers beschlossen, vom 1. Juli ab die von den Bergleuten geforderte achtstündige Schicht einzuführen, wenn bis dahin ein Gleiches von den Konkurrenzrevieren geschehen ist. — Bekanntlich haben die Bergleute den Beschluß gefaßt, die achtstündige Schicht schon vom 1. April ab zu verlangen.

Die Reichskommission hat in der **Begründung der Aufhebung des Verbots der „Neuen Tischler-Zeitung“** neue Grundsätze aufgestellt, die darin gipfeln, daß es nicht zulässig sei, das Verbot einer Zeitung mit Artikeln aus früheren nicht verbotenen Nummern zu begründen Wäre diese Praxis, die nun zum stehenden Grundsatz erhoben ist, mit anderen jetzt proklamirten Grundsätzen zusammen schon früher geübt worden, so würde so manche Zeitung bezw. Zeitschrift noch am Leben sein. Daß das nicht geschehen ist, ließ und läßt schließen, daß man feste Stützpunkte hat finden wollen, vielleicht finden müssen. Das ist aber noch lange keine Bürgschaft dafür, daß die Entscheide der Reichskommission in der Zukunft immer nach diesen Grundsätzen ausfallen werden, vielmehr kann dieselbe neue, andere, straffere Grundsätze aufstellen und danach entscheiden, Das Sozialistengesetz ist eben ein Ausnahmegesetz und die Entscheide können „nach Ermessen“, d. h. je nachdem der Wind weht, ausfallen Die neuen Grundsätze gelten also wohl jetzt und vielleicht auch für die nächste Zukunft, nicht aber für immer und so lange, als das Sozialistengesetz überhaupt besteht. Dies möge man bei der Beurtheilung, ob Sozialistengesetz oder nicht, wohl in Betracht ziehen. — Die in Rede stehende Verfügung lautet:

„Auf die Beschwerde des Herausgebers und Verlegers der periodischen Druckschrift:

„Neue Tischler-Zeitung“,
Zeitschrift für die Interessen des Tischlergewerbes,
Verlag von Wilh Gramm in Hamburg,

gegen die Verfügung der Polizeibehörde zu Hamburg vom 28. Oktober 1889, betreffend das Verbot der Nummer 43 des 11. Jahrganges der gedachten Druckschrift hat die Reichs-Kommission in ihrer heutigen Sitzung dahin entschieden:

daß die Beschwerde für begründet zu erachten und demgemäß das erlassene Verbot wieder aufzuheben.

Die Verbotsverfügung stützt sich auf den § 11 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878, indem sie von der Ansicht ausgeht, daß in dem Leitartikel der verbotenen Zeitungsnummer mit der Ueberschrift: „Landstreicher und Vagabunden“ sozialdemokratische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete, Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten.

Dieser Ansicht kann jedoch nicht beigepflichtet werden. Es ist zwar zuzugeben, daß die Ausführungen des inkriminirten Artikels über die Ursachen des Vagabundenthums entschieden von sozialdemokratischen Anschauungen beeinflußt und ihrer Form nach auch in ganz besonders wirksamer Weise zur Aufreizung der arbeitenden gegen die sogenannte herrschende Klasse, welche als „Kapitalbürger“ bezeichnet wird, geeignet sind. Dagegen lassen dieselben „auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen“ nirgends erkennen, selbst wenn es zulässig wäre, als Interpretationsmittel frühere Artikel derselben Zeitung, namentlich den Artikel: „Die Presse und die Arbeiter“ in Nummer 40 des 10. Jahrganges und die Artikel: „Sylvester“ und „Rückblicke“ in Nummer 53 desselben Jahrganges mit zu verwerthen. Die offen ausgesprochene Tendenz des Artikels geht vielmehr dahin, im Gegensatze zu der ziemlich allgemein verbreiteten Ansicht, daß die Neigung zum Vagabundiren der Regel nach aus Arbeitsscheu entspringe, die eigentliche Ursache der „Landstreicher- und Vagabundenplage“ auf die heutige kapitalistische Produktionsweise zurückzuführen und die bisher dagegen angewendeten Mittel als unzureichend und verfehlt darzustellen, ja sogar den Verdacht zu erwecken, als ob diese Mittel lediglich den Zweck verfolgten, sich in der sogenannten industriellen Reserve-Armee“ ein wohlfeiles Angebot überflüssiger Arbeitskräfte zu sichern, um die beschäftigten und nothwendigen Arbeitskräfte so billig wie möglich zu erhalten.

Das erlassene Verbot mußte demnach, als den Voraussetzungen des § 11 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 nicht entsprechend, wieder aufgehoben werden.

Die Reichs-Kommission.
Herrfurth.“

Aus **Fürth,** 18 Januar, wird der Berl „Volks-Ztg.“ geschrieben:

„Die deutsche Geschichtsschreibung kann sich zu ihren akademischen Leuchten Glück wünschen. Sie ist Dank dem Byzantinismus, der auf alle Welt sich erstreckt, so heruntergekommen, daß es einen Hund jammern könnte. Die sittliche und geistige Verkommenheit der großen Bourgeoisie spiegelt sich wieder in den Reden und Thaten ihrer geistigen Vertreter. Folgende absolut sichere Thatsache wirft ein grelles Streiflicht auf unsere zünftige Historik und ihre Bewunderer. Kürzlich hielt der Tübinger Geschichtsprofessor Bernhard v. Kugler, ein Sohn des Kunstschriftstellers, im hiesigen „Kaufmännischen Verein“ einen „historischen Vortrag“, in welchem er auch auf die erleuchtetsten Vorkämpfer des dritten Standes, auf Montesquieu, auf Rousseau und Voltaire zu sprechen kam. Unser tapferer Bernhard von Tübingen nannte dieselben wörtlich: „Lumpen“ und „infame Schurken“!!! Diejenigen, welche diesen Vorkämpfern der Bourgeoisie günstig gesinnt seien, wären „Schwachköpfe“. Der Kugler hat allerlei über die Kreuzzüge und über Ulrich von Württemberg geschrieben, er hat auch mit dem Grafen Stillfried von Alcantara an dem Werke: „Die Hohenzollern und das deutsche Vaterland“ gearbeitet. Wir sehen, daß er so kräftig und vollbrüstig zu schimpfen versteht, wie Heinrich von Treitschke. Die Ausdrucksweise der amtlich gestempelten, hoffähigen Wissenschaft, welche mit „Trotteln“ und „Lumpen“ um sich wirft, wie der weiland Generalpostmeister von Nagler oder eine andere Dame der Halle, erklärt einigermaßen den schneidigen Ton und die teutonische Gesinnung unserer akademischen Jugend.“

Aus Ostpreußen wird berichtet: „Als in Lyck die letzte Kreisausschuß-Sitzung begonnen hatte, erschienen etwa sechzig kleinere Gutsbesitzer aus dem Kirchspiel Rhein und begehrten Einlaß in den Sitzungssaal; als ihnen dieser verwehrt wurde, stürmten sie unter Drohungen hinein und verlangten Nothstands-Darlehne oder geeignete Beschäftigung, da sie in Folge der Leere in Scheune und Keller sich wirthschaftlich nicht länger halten könnten. Durch polizeiliches Einschreiten wurde die Ansammlung zerstreut.“ — Die kleineren Gutsbesitzer, die meistens ihr selbstgezogenes Getreide auch selbst verbrauchen, leiden Noth, während die großen Gutsbesitzer, die weit über ihren eigenen Verbrauch hinaus Getreide für den Markt ziehen, schmunzelnd den „Segen der Kornzölle“ einstreichen.

Wien, 21 Januar. Der Reichsrath wird zum 3. Februar einberufen.

Bei der Debatte über das Unterrichtswesen im ungarischen Abgeordnetenhause gab Minister Csaky unter allgemeinem Beifall eine Darlegung der verschiedenen Reformen im Unterrichtswesen. Für die katholischen Lehrerbildungsanstalten werde ein zweckmäßiges Normativ eingeführt werden. Der Minister sprach sich ferner für einheitliche Mittelschulen aus und vertrat die bereits durchgeführte Reform des Landes-Unterrichtsrathes. Es werde ferner beabsichtigt, statt der bisherigen Kollegiengelder eine allgemeine Unterrichtstaxe einzuführen. Schließlich stellte der Minister einen Gesetzentwurf in Aussicht, wonach die für den Bau von Volksschulen bestimmten Summen um 200 000 Gulden erhöht werden sollen

Unter der Ueberschrift: Wie man mit uns umgeht, schreibt die Wiener „Arbeiter-Ztg.“: „Kapitel: Versammlungsrecht. Am 31. Dezember v. J. veranstaltete der Arbeiter-Sängerbund in Kratzau in den Schießhauslokalitäten eine Sylvesterfeier. Das Programm stieger unter anderen Nummern auch das Gedicht: „Weihnachten im Stübchen“ von Rieger, sowie eine Jahresschlußrede. Allein der Arbeiter-Sängerbund denkt und der Reichenberger Bezirkshauptmann lenkt. Gedicht und Rede waren verboten. Warum? Das wissen die Götter. Drei Tage vorher erschien das Gedicht unbeanstandet im Reichenberger „Freigeist“, da hatte es durchaus nichts Gefährliches an sich, da konnten es Tausende lesen, aber vorgetragen zu werden bei einer Sylvesterfeier vor Hunderten von Menschen, hu, wie schrecklich, was hätte da nicht Alles geschehen können? Und die Rede mußte natürlich auch verboten werden, obwohl sie mit Rücksicht auf die famose österreichische Redefreiheit und die Böhmens speziell, äußerst zahm ausgearbeitet worden war. Was die Leute sich nicht Alles einbilden, nicht wahr? Reden halten am Schlusse des Jahres, welche Frechheit! Des andern Tages, Neujahr: Volksversammlung in Kratzau — verboten. Warum? „Weil in letzter Zeit bei solchen Versammlungen gesetzwidrige Ausschreitungen vorgekommen sind.“ Die nordböhmischen Genossen greifen sich dabei vor Staunen an den Kopf. Wo waren denn die Ausschreitungen? Allerdings — die Genossen glauben, daß die Regierungsvertreter bei diesen Versammlungen gesetzeswidrig vorgegangen sind. Und der dritte Punkt der Tagesordnung: „Beschlußfassung und Anträge“ (es sollte ein Fachverein gegründet werden), was „insbesonders“ nicht recht abgefaßt, das sollte genauer angeführt werden, obwohl unter dieser Tagesordnung schon zahlreiche Versammlungen bewilligt und abgehalten wurden. Natürlich, was hätte man in dieser Versammlung nicht Alles beschließen können?“

Kopenhagen, 21. Januar. Bei den heutigen Folkethingswahlen wurden die drei Minister, welche im vorigen Thing saßen, wiedergewählt. Die Rechte verlor 4 Sitze, davon 3 in Kopenhagen, und gewann einen Sitz. Es wurden drei Sozialisten gewählt, davon 2 in Kopenhagen. Die intransigente Linke (Anhänger Bergs) nahm der zu Verhandlungen geneigten Gruppe der Linken mehrere Wahlbezirke. In Kopenhagen wurde der Sozialist Holm mit 8554 gegen 7176 Stimmen gewählt, die auf den Kandidaten der Rechten fielen.

London, 21. Januar. Aus Lissabon verlautet: Der portugiesische Minister des Aeußern habe auf Grund des Artikels XII. der Berliner Kongo-Akte die Vermittlung der Vertragsmächte im Streit zwischen Portugal und England formell nachgesucht. Es verlautet ferner, Gladstone sei von einigen Liberalen angegangen worden, dem diplomatischen Triumphe Salisburys über Portugal mit einem Antrag entgegenzutreten, welcher die von der Tory-Regierung angewandte Methode mißbilligt. Wenn Gladstone einen solchen Antrag stellen oder unterstützen sollte, so würde sich derselbe darauf stützen, daß die Streitfrage einem Schiedsrichter hätte unterbreitet werden müssen.

Brüssel, 21. Januar. Den Ausstand der Kohlenbergleute im Gebiete von Charleroi betreffend verlautet einerseits, daß Minister Beernaert heute in der Kammersitzung eine Depesche erhalten habe, wonach der Ausstand Dank der Vermittlung von Sabatier und Smeysters seinem Ende nahe sei. Die Zahl der Ausständigen hat um mehr als 2000 abgenommen. (Nach einer anderen Mittheilung soll sie sich von 12 000 auf 8350 vermindert haben.) Dagegen wird andererseits behauptet, daß ein endgültiger Beschluß vor morgen nicht möglich sei. Die Ausständigen erwarteten die Antwort auf ihr gestelltes Ultimatum diesen Abend.

Paris, 21. Januar. Deputirtenkammer. Reinach brachte den Entwurf zu einer Resolution ein, nach welcher in die Geschäftsordnung des Hauses die Ermächtigung des Präsidenten zur Ausschließung eines Deputirten für die ganze Dauer einer Session aufgenommen werden soll.

Von einem boulangistischen Abgeordneten wurde eine Interpellation über die in letzter Zeit erfolgten Ernennungen von richterlichen Beamten eingebracht. Der Interpellant bemerkte, es seien dabei Dinge vorgekommen, in denen eine Herausforderung des allgemeinen Stimmrechts liege. Der Richterstand müsse eine geheiligte Stätte und bei politischen Meinungsverschiedenheiten unparteiisch sein. Der Justizminister Thévenet erklärte, die jüngst ernannten richterlichen Beamten hätten wohlberechtigte Ansprüche. Die Gesetzesbestimmung, durch welche ihre Vorbereitung vorgeschrieben würde, sei nicht außer Acht gelassen worden. (Beifall.) Nach einer Entgegnung des Interpellanten nahm die Kammer mit 301 gegen 158 Stimmen eine von Tirard beantragte Tagesordnung an, nach welcher die Kammer die Erklärung der Regierung billigt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte die Kammer nach lebhafter Debatte die Wahl des Abgeordneten Bischoffsheim (Nizza) mit 218 gegen 149 Stimmen für ungültig.

Die Maschinisten und Heizer der St. Chamond-Gruben in St. Etienne haben die Arbeit eingestellt und dadurch die Thätigkeit im ganzen Bergwerke plötzlich aufgehalten. Die Nachts eingefahrenen Bergleute mußten durch die Tagstollen das Bergwerk verlassen. Die Gesellschaft hatte ihr Versprechen, den Tageslohn der Maschinisten und Heizer um 50 Cts. zu erhöhen, nicht erfüllt. Die Ausständigen werden erst wieder arbeiten, wenn ihre Forderung vollständig erfüllt ist.

Madrid, 21. Januar. Das neue Ministerium Sagasta findet eine sehr ungünstige Aufnahme, selbst bei den Freunden Sagastas, da es weniger Autorität besitzt, als das abgetretene Ministerium. Die ganze Krisis ist resultatlos verlaufen, die Aussöhnung auf der ganzen Linie einschließlich Gamazo gescheitert. Das Programm des neuen Ministeriums ist die Aufrechterhaltung des früher eingebrachten Budgets und die gleichzeitige Berathung der Vorlage über die Einführung des allgemeinen Stimmrechts.

Lissabon, 21. Januar. Die Stimmung in Portugal ist noch immer gegen England erbittert genug. Das Ministerium trägt derselben sogar in soweit Rechnung, als es abwarten will, bis eine Beruhigung eingetreten ist, ehe es Ausgleichsverhandlungen mit England wieder eröffnet. Immerhin ist es nicht unmöglich, daß die fortgesetzten Beschimpfungen der englischen Flagge und die Weigerung der portugiesischen Behörden in Mozambique, den von England diktirten Ordres aus Lissabon zu folgen, zu einem formellen Bruch zwischen den beiden Ländern führen können.

Deutscher Reichstag.

48 Sitzung.

Berlin, 21 Januar.

Eröffnung 2 Uhr.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die dritte Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. eine Postdampfschiffsverbindung mit Ostafrika.

Der Entwurf wird ohne Debatte angenommen.

Die Ergänzung des Etats, betr. den Umbau des Auswärtigen Amts, wird auf den Antrag des Abg. Dr. Windthorst an die Budgetkommission zurückverwiesen.

Das Haus geht hierauf über zur dritten Berathung des Etats.

Zu demselben liegt ein Antrag Baumbach-Richter, betr. die Lage der Unterbeamten, vor. Der Antrag verlangt die Einstellung einer Position von sechs Millionen Mark in den Etat des Reichsschatzamtes zur Gewährung einer einmaligen Zulage von fünf Prozent des Diensteinkommens für diejenigen etatsmäßig besoldeten und diätarisch beschäftigten Reichsbeamten, deren Dienstbezüge die Summe von ℳ 3150 pro Jahr nicht übersteigen.

Von der Kommission ist bekanntlich eine Resolution beschlossen worden, die Regierung aufzufordern, im nächsten Etat eine Aufbesserung der Beamten vorzusehen.

Ein Antrag Lingens (Z.) ersucht den Reichskanzler, auf eine weitere Förderung der Sonntagsruhe und Ermöglichung der Theilnahme am Gottesdienste für alle Reichsbeamte Bedacht zu nehmen.

Ein Antrag Puttkamer-Plauth (K.) fordert Ablehnung der Etatsposition: ℳ 70 000 zur Herstellung eines neuen Postdienstgebäudes in Marienburg und dafür die Annahme einer Resolution, welche die Regierung ersucht, im Interesse des Schloßbaues in Marienburg einen anderweiten Bauplatz als den geplanten in Aussicht zu nehmen.

Staatssekretär **Bötticher:** Die verbündeten Regierungen sind von jeher von dem Bestreben geleitet gewesen, diejenigen Stellen des Reichsdienstes aufzubessern, in denen die etatsmäßige Besoldung sich als unzureichend herausgestellt hat Sind Anträge darüber nicht gestellt, so liegt das an der Solidarität der Regierungen mit den Beamten, und weil es mißlich ist, mit Vorschlägen hervorzutreten gegenüber andern dringenden Bedürfnissen, die Berücksichtigung erheischen. Der Regierung kann nichts erwünschter sein, als in diesem Bestreben durch ein Votum des Reichstages unterstützt zu werden Den Vertretern der Bundesregierung ist vielfach der Vorwurf gemacht worden, daß sie den Anregungen auf Erhöhung der Beamtengehälter kühl bis an's Herz hinan gegenübergestanden haben. Glauben Sie nicht, daß unser Herz nicht dabei betheiligt gewesen war. Im Gegentheil, ginge es nach unserem Wunsch, wir würden im Wettlauf auf diesem Gebiet nicht zurückgeblieben sein. Aber die verfassungsrechtliche Stellung der Bundesrathsmitglieder gestattet ihnen nicht, eine bindende Erklärung abzugeben, ohne daß eine Entscheidung der Regierungen getroffen ist. Heute bin ich in der Lage, wenn ich auch von einem Beschluß des Bundesraths nicht sprechen kann, doch erklären zu können, daß es außer Zweifel steht, daß die verbündeten Regierungen bereit sein werden, innerhalb der Grenzen, in welchen das Bedürfniß zur Gehaltserhöhung sich herausstellt, und innerhalb der finanziellen Möglichkeit selbstständig mit Gehaltsanträgen vorzugehen. (Beifall) In dieser Richtung bewegt sich auch der Beschluß der Kommission, und ich zweifle nicht, daß dieser Resolution seitens der Regierungen Folge gegeben werden wird. Ich bin heute schon im Besitz von vorläufigen Erklärungen so vieler Regierungen, daß eine Mehrheit für die Vorlegung eines Nachtragsetats für 1890/91 im Bundesrath gesichert erscheint. (Beifall.) Darnach kann ich aber den Antrag Baumbach nicht zur Berücksichtigung empfehlen, so wohlgemeint er auch ist. Die definitiven Bestimmungen über das Maß der Besoldungserhöhungen sind auch heute noch gar nicht ausreichend vorbereitet. Aus den Verhandlungen im Reichstag und in der Kommission habe ich die Ueberzeugung geschöpft, daß der Reichstag pari passu mit Preußen gehen will. Sie thun wohl, die Verbindung mit den preußischen Absichten zu suchen. Den Beamten geschieht dadurch keinerlei Schaden; denn wenn der Reichstag auch nicht gleich nach den Wahlen, sondern erst im Herbst einberufen werden sollte, so würde nichts im Wege stehen, auch dann noch einen Nachtragsetat vorzulegen, durch welchen den Beamten die betreffenden Summen auf einmal nachbezahlt werden können. Also verloren ist nichts, im Gegentheil sehr viel gewonnen, wenn der Reichstag sich nicht dem Antrag Baumbach, sondern dem Beschluß der Budgetkommission anschließt. (Beifall rechts.)

Richter (F): Diese Erklärung lautet wesentlich anders, als wir sie bisher vernommen haben. Formell ist ja richtig, daß der Bundesrath eine Erklärung nicht abgeben kann, ohne einen bestimmten Beschluß der Regierung. Aber das Vorgehen des Herrn Ministers zeigt, daß eine solche Erklärung, welche Einfluß auf einen Beschluß des Reichstags hat, doch wohl möglich ist. Gewiß hat unser Antrag technische Mängel, weil wir derartige Gehaltserhöhungen nicht so vorbereiten können, wie die Regierung. Wir bedauern, daß die verbündeten Regierungen sich nicht von Anfang an mit der preußischen

Fürst Zilah.

Roman von Jules Claretie.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

9.

Neben dem Dampfer des Fürsten lag, ebenfalls der Schleuse gewärtig, eine jener großen Plätten, welche auf der Seine den Transport von Holz oder Kohlen vermitteln.

Auf einem solchen schwerfälligen Fahrzeuge lebt oft eine ganze Familie gleichsam wie auf dem Wasserspiegel. Gleich einem Athem steigt der Rauch der Küche aus dieser Art von hölzernem Pottfisch auf, wo ein Häuflein Menschen fern von der Erde athmet, ißt, geboren wird und stirbt. Da und dort steht ein Blumentopf und bringt einen freundlicheren Ton in das Schwärzlichgrau dieser gepichten Planken. Diese Fahrzeuge schwimmen langsam den Fluß hinab, unter dem fröhlichen Geschrei der Kinder und den Anstrengungen der Schiffsleute, deren Hände die ungeheuren Ruder bewegen.

Diese riesige Plätte war es, welche Marcsa im Augenblick betrachtete. Die gefirnißten Planken des Schiffes funkelten hell im Sonnenschein. Auf dem Deck hielten sechs bis sieben bronzefarbene halbnackte Kinder — Knaben und Mädchen — zu den Füßen ihrer Mutter, einer Frau von tiefbrauner Hautfarbe in abgenützten Kleidern, die einem Säugling die Brust gab.

Einige Schritte weiter standen zwei Männer; der eine ungefähr dreißig Jahre, doch in Folge der harten Arbeit einem Vierziger gleichend; der andere ein runzliger Greis mit kurzgeschorenen weißen Haaren auf dem schier schwarzen Kopfe. Es waren ohne Zweifel Vater und Sohn; Jeder hatte ein Stückchen Käse auf einem Stück Brot in der Hand; so aßen sie stehend und reichten sich von Zeit zu Zeit eine Weinflasche, aus der sie tranken, ohne sich dabei eines Glases zu bedienen.

Dieser Aufenthalt, für die Freunde des Fürsten ein Grund des Verdrusses, war für die armen Leute eine Erholung. Sie sammelten da neue Kräfte. Marcsa betrachtete sie und schien in diesen Wanderern des Stromes wie in einer Vision die Wanderer der ungarischen Puszta — ihre Vorfahren — wiederzusehen, wie sie an dem Wachtfeuer hockten, um sich zu wärmen und ihr kärgliches Mahl zu bereiten. Sie schien wieder die Luft jenes theuren Vaterlandes einzuathmen, das sie nur einmal gesehen, als sie den todten Leib der vielgeliebten Mutter in die Heimath brachte. Und indem sie dieses arme Schifferweib mit den sonnverbrannten Haaren betrachtete, gedachte sie abermals der theuren Todten.

Marcsa war stolz auf den Namen „Zigeunerin“, den man ihr in Paris gegeben; sie liebte die Zigeuner, deren Blut in ihren Adern floß. Sie rief die halbnackten Kinder auf der Plätte an; die Kleinen eilten herbei und hoben ihre Röckchen und die schöne vornehme Dame an Bord des Dampfers warf ihnen Mandeln, Trauben, reife Feigen, Goldorangen, gelbe Pfirsiche zu, das schönste Obst, das in der Auslage eines eleganten Restaurants das Entzücken eines Feinschmeckers ausgemacht haben würde.

Jetzt erhob sich auch die Mutter und näherte sich langsam der Gruppe, um Marcsa zu danken.

„Sie sind gütig, Madame, zu gütig,“ sagte sie, wobei ein Lächeln ihre geborstenen Lippen breit öffnete.

„Ihr müßt ehrlich theilen!“ rief Marcsa den Kindern lächelnd zu. „Wie glücklich die Kleinen sind!“

„Sehr glücklich, Madame! . . . Sie sind nicht daran gewöhnt. Danket doch der schönen Dame! Jean, Du bist der Aelteste, sprich: Dan—ke, Ma—da—me!“

„Danke, Madame!“ stammelte der Knabe, indem er seine großen Augen zu Marcsa erhob, mit dem schüchternen Ausdruck der Kleinen, welche nicht begreifen, weshalb fremde Leute ihnen Gutes oder Schlimmes zufügen sollten.

Die anderen Kleinen wiederholten im Chor:

„Danke, Madame!“

Auch die beiden Männer näherten sich erstaunt, wobei durch das offene, grobe Hemd ihre magre, nackte Brust zu sehen war; sie betrachteten Marcsa und lüfteten dankend ihre Hüte.

„Auch für den Säugling sollt Ihr etwas haben, damit Ihr ihm ein Röckchen kaufet,“ rief jetzt Marcsa hinüber. „Ist's ein Mädchen?“

„Nein, Madame, es ist ein Knabe.“

„Komm näher, Jean,“ sagte die Dame; „komm doch, mein Junge!“

Jean näherte sich, nicht ohne vorher mit den Blicken seine Mutter zu befragen.

„Da, nimm das für Dein Brüderchen.“

Und sie legte in die Hände des Kleinen eine Börse mit silbernem Netze, durch welches helle Goldstücke blinkten.

Die Leute auf der Plätte glaubten zu träumen. Endlich sagte der jüngere der beiden Schiffer:

„Nein, Madame, das ist zu viel! Wir können es nicht annehmen. Gieb zurück, Jean!“

„Es ist wahr, Madame,“ stammelte jetzt auch das Weib; „es ist unmöglich; es ist zu viel.“

„Nehmet an, wenn Ihr mich nicht kränken wollt. Der Zufall hat uns einen Augenblick zusammengeführt und ich bin sehr abergläubisch. Ich wünsche, daß die Kleinen für das Glück desjenigen beten lernen, den ich liebe.“

Dabei blickte sie zärtlich auf Andreas Zilah, der auf das Schiff zurückgekehrt war und in diesem Augenblick an ihrer Seite erschien.

„Vorwärts!“ kommandirte jetzt der Kapitän.

Das arme Weib suchte noch einmal die Hand Marcsas zu erhaschen, um sie zu küssen.

„Seien Sie glücklich, Madame,“ sagte sie; „Dank, tausend Dank für die Kleinen und für die Großen.“

„Sagen Sie uns wenigsten Ihren Namen,“ bat der Vater, „Ihren Namen, daß wir ihn nicht vergessen.“

Mit stolzem Lächeln rief sie hinüber:

„Die Zigeunerin!“

Und gleichsam um diesem Lebewohl den gehörigen Nachdruck zu geben, stimmten die an Bord befindlichen Zigeuner-Musikanten im Augenblick der Abfahrt eine ihrer feurigsten Weisen an.

Und die armen Schiffersleute sahen das glänzende Fahrzeug sich rasch wie eine Vision verflüchtigen. Sie hätten zu träumen geglaubt, wäre diese Börse nicht dagewesen, deren Inhalt ein Vermögen für sie war, und diese Früchte, an welchen die Kleinen sich labten, und dieser Namen, welchen die Mutter den Kleinen wiederholte, ohne ihn zu verstehen:

„Die Zigeunerin!“

Marcsa auf dem davoneilenden Steamer fühlte sich von einer Art wonnigem Taumel ergriffen, und während die Gäste der Baronin Dinati, der Japanese Yamada, die englischen Misses, die jungen Botschafts-Attachés, kurz alle exotischen Pariser, auf dem Verdeck einen Ball improvisirten und daher von den Musikern fortwährend neue Walzer von Strauß und Polka von Fahrbach forderten, lauschte Marcsa den zärtlichen Worten Andreas, der, sich zu ihr herabneigend, daß sein Athem ihre Wange streifte, ihr zuflüsterte:

„O, wie ich Sie liebe! Und auch Sie lieben mich, Marcsa, nicht wahr?“

„Ich bin glücklich,“ erwiderte das Mädchen, ohne sich zu rühren und zur Hälfte die Augen schließend; „wenn ich für Sie das Leben geben müßte, ich gäbe es freudig hin. Sie glauben es mir wohl?“

Am Bug des Schiffes stand Michael Lenkey und betrachtete, ohne sie vielleicht zu sehen, die dahineilenden Uferlandschaften, die Häuser von Pecq, die Villen von Saint Germain, die weite Ebene unterhalb von Paris mit dem Mont Valerien im Hintergrunde, die beiden Thürme des Trocadero, deren vergoldete Kuppeln in der Sonne glänzten, endlich den blauen Dunst, der wie ein riesiger Athem über der Stadt schwebte.

Das Schiff hatte seinen Lauf immer mehr verlangsamt, als hätte der Fürst den Befehl ertheilt, die Ankunft in Maisons-Laffitte zu verzögern, wo für ihn dieses Fest ein Ende nehmen sollte, da Marcsa dort auszusteigen gedachte.

Schon sah man am Horizont die alte Mühle mit ihrem Schieferdach und ihrem hohen Unterbau. Ein blaues helles Licht hüllte gleich einer feinen Wolke die ganze Landschaft ein.

„Es ist ein schöner Traum, der nun bald vorüber ist,“ sagte Marcsa.

„Der schönste Traum wird bald beginnen,“ sprach Andreas; „ein Traum, der Wirklichkeit ist; der Traum, den ich mein Leben lang herbeigesehnt und doch nie erreicht habe: die Liebe. Ich wage es kaum, dieses Wort auszusprechen, das ich seit zwanzig Jahren noch nie gekannt habe.“

Der Walzer endete jetzt und eine Quadrille sollte folgen.

Der Japanese mit seinem ewigen Lächeln näherte sich einer englischen Miß und fragte sie, warum sie nicht tanze.

„Weil ich verdaue,“ erwiderte die poetische Inselbewohnerin mit schmachtender Stimme. „Aber Sie tanzen ja für zwei, Sir.“

Vor Maison-Laffitte hielt das Schiff. Einige Meter vom Ufer bildeten die hohen Bäume des Parkes ein Dickicht, durch welches man die Pavillons des Schlosses nur und